

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

betreffend Nominierung des israelisch-palästinensischen "Parents' Circle" für den Friedensnobelpreis 2005

Die „Parents' Circle Organisation“ ist eine Vereinigung von israelischen und palästinensischen Familien, die aufgrund des bereits jahrzehntelang andauernden Nahostkonflikts einen Familienangehörigen verloren haben.

Ziel der Organisation ist ein Versöhnungsprozess zwischen Israellinnen und PalästinenserInnen – als Grundlage für einen nachhaltigen Friedensprozess. Dabei soll das Leid, das durch die eskalierende Gewaltsituation auf beiden Seiten geschaffen wurde und wird, sichtbar gemacht werden.

Sie setzt sich für ein Ende der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete, für eine Beendigung von Feindseligkeiten und eine politische Lösung ein, die von beiden Seiten akzeptabel ist. Der „Parents' Circle“ setzt auf Versöhnung und auf Kommunikation zwischen Israellinnen und PalästinenserInnen. Sie bietet nicht nur gegenseitige Unterstützung für ihre Mitglieder an, die den Verlust eines Familienmitglieds zu verkraften haben. Die Organisation steht auch in einem Diskussionsprozess mit der israelischen und palästinensischen Führung sowie internationalen VertreterInnen und führt Bildungsaktivitäten durch.

Die hohe Betroffenheit, durch den Verlust ihrer Kinder, nehmen die Eltern der „Parents' Circle Organisation“ als besondere Legitimation, die Öffentlichkeit von der Unsinnigkeit weiteren Blutvergießens zu überzeugen und um deutlich zu machen, dass es auf beiden Seiten Menschen mit Trauer und Angst, aber auch Versöhnungsbereitschaft gibt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die zuständigen BundesministerInnen werden ersucht, die israelisch-palästinensische „Parents Circle Organisation“ für den Friedensnobelpreis 2005 vorzuschlagen und für die Unterstützung dieses Vorschlages weltweit einzutreten.

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den außenpolitischen Ausschuss vorgeschlagen.*